

# Rechte statt Almosen! (Teil 2)

Doña-Carmen-Report zu fragwürdigen Corona-Hilfsfonds für Sexarbeiter\*innen

## TEIL II: Diakonie und Beratungsstellen

*Im Zusammenhang der Corona-bedingten Schließung von Prostitutionsstätten sind von verschiedenen Seiten „Nothilfe-Fonds“ speziell für Sexarbeiter/innen gefordert bzw. ins Leben gerufen worden. Was auf den ersten Blick den Anschein einer Parteinahme und selbstlosen Hilfe für die „Ärmsten der Armen“ hat, ist bei näherem Hinsehen mit ausgesprochen fragwürdigen Botschaften verbunden, die den Interessen der Betroffenen direkt zuwiderlaufen.*

*In aller Regel initiieren Deutsche diese „Hilfen“ und sie glänzen dabei als mildtätige Kümmerer. Migrantische Sexarbeiter\*innen dagegen, die eigentlichen Adressaten dieser Hilfsaktionen, erscheinen in zweifelhaftem Licht. Allenthalben bedient man sich des fragwürdigen Konstrukts der „Armutspstitution“. Dieser Kampfbegriff zum Zwecke der Stigmatisierung von Sexarbeit, erfährt zurzeit ungeahnte Konjunktur.*

*An der Stigmatisierung migrantischer Sexarbeiter/innen unter dem Mantel der „Hilfe in Not“ beteiligen sich an vorderster Front eine Handvoll Hardcore-Abolitionisten, die christliche Diakonie und der Berufsverband sexuelle und erotische Dienstleistungen (BesD). Wir werfen nachfolgend einen Blick auf verschiedene, miteinander konkurrierende „Hilfsfonds“ für Sexarbeiter/innen und ihre politisch-ideologische Einbettung.*

## TEIL II:

### Diakonie und Beratungsstellen

#### – falsches Spiel unter dem Deckmantel christlicher Hilfsbereitschaft

Am 25. März 2020 berichteten Medien, dass rund 70 Sexarbeiter/innen nicht in ihre Heimat zurückreisen könnten und nunmehr „festsitzen“. Wo genau sie festsäßen, wurde nicht mitgeteilt. Doch es hieß: „In ihrer Verzweiflung wenden sie sich an das kirchliche Hilfswerk (Diakonie Baden, d. V.). Das unterstützt sie.“<sup>1</sup> Die Medien berichteten: „Die Diakonie will jetzt einen Hilfsfonds auflegen“.<sup>2</sup>

Das war zumindest eine öffentlichkeitswirksame Ankündigungspolitik – gut für das Renommee der Kirche. Gleichzeitig hieß es aber: „Bis der Nothilfefonds zur Verfügung steht, wird es aber noch etwas dauern - die entsprechenden Gelder müssten erst noch bereitgestellt werden...“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/Ungewoehnlicher-Schritt-in-Coronakrise-Diakonie-Baden-unterstuetzt-70-festsitzende-Prostituierte-aus-Osteuropa;art417930,10480469>, 25.03.2020

<sup>2</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/nothilfefonds-prostituierte-100.html>, 25.03.2020

<sup>3</sup> ebenda

Auf der Website der Diakonie Baden liest sich die Bereitschaft zur Unterstützung von Sexarbeiter/innen so:

*„Bis staatliche Hilfen griffen, habe die Diakonie Baden deshalb gemeinsam mit den Evangelischen Frauen in Baden ein **Hilfepaket zur Überbrückung der akuten Notlage** geschnürt. „Kern dieses Pakets ist ein **Nothilfefonds**, der es den Fachberatungsstellen in Baden ermöglichen soll, die Frauen für die nächsten Wochen mit dem Nötigsten zu versorgen.“, sagt Anke Ruth-Klumbies, Leiterin der Evangelischen Frauen. Außerdem bemühten sich die Beratungsstellen darum, **Wohnraum** für die Betroffenen zu finden. Da Bordelle geschlossen hätten, seien viele Frauen wohnungslos. Ruth-Klumbies appellierte deshalb an die **Bordellbetriebe**, die Prostituierten dort zunächst **mietfrei** wohnen zu lassen.“<sup>4</sup>*

Im Unterschied zu den Hardcore-Abolitionisten räumt die Diakonie zumindest ein, dass auch den migrantischen Sexarbeiter/innen in Notsituationen „staatliche Hilfen“ zustehen. Das Konzept des Nothilfefonds der Diakonie Baden sah vor, dass Sexarbeiter/innen zunächst weiterhin in den Bordellbetrieben mietfrei wohnen, ihnen dazu aber eine von der Diakonie in Aussicht gestellte Überbrückung zuteilwird, die freilich die Höhe des Eckregelsatzes von Hartz IV nicht überschreiten sollte.

### **Reiche Diakonie bittet um Spenden für „Armutspromitierte“**

So jedenfalls geht es aus dem von Pfarrer Volker Erbacher (Stiftung Diakonie Baden) auf dem Spendenportal [www.betterplace.org](http://www.betterplace.org) eingestellten Spendenaufruf hervor, in dem es heißt:

*„Corona. Die Grenzen sind zu. Die Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, haben keine Chance in ihr Heimatland zurückzukehren. Die Bordelle sind zu. Sie sitzen auf der Straße. Die Diakonie Baden hilft ihnen, über die Runden zu kommen.“*

Unter dem Slogan **„Einen Monat Zukunft für 10 Frauen“** warb nun die Diakonie dafür, dass den betroffenen Frauen mit monatlich 430 € geholfen werde, was dem aktuellen Hartz-IV-Eckregelsatz entspricht: „Damit eine betroffene Frau einen Monat über die Runden kommen kann, braucht sie etwa 430 Euro. Helfen Sie mit, dass dieser Monat überbrückt werden kann. Die Diakonie nutzt diese Zeit, die Lebensgrundlage der Frauen auf sichere Füße zu stellen.“<sup>5</sup>

Man kann daraus ersehen, was ein so gigantischer Sozialkonzern wie die Diakonie für vermeintliche „Armutspromitierte“ im Zweifel übrig hat und was sie ihm wert sind. Das Diakonische Werk der EKD firmiert bekanntlich als gemeinnütziger „eingetragener Verein“, ist aber als kirchlicher Verband der „Freien Wohlfahrtspflege“ überaus reich. Bereits 1966, also vor mehr als 50 Jahren, erklärte der Referent für Wirtschaftsfragen in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes stolz: „Die evangelische Diakonie verfügt mit ihren Einrichtungen über ein Vermögen, das dem des BASF-Konzerns entspricht, und erzielt damit einen ‚Umsatz‘, wie er etwa beim Bosch-Konzern oder von den Karstadt-Warenhäusern erreicht wird.“

Das ist lange her und auf die heutige Situation der Konzerne als global player nicht ohne weiteres übertragbar. Vor anderthalb Jahrzehnten (2005) analysierte Carsten Frerk die nach außen wenig transparenten Finanzen des Sozialkonzerns Diakonie. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass allein dessen Anlagevermögen sich auf schätzungsweise 105 Milliarden Euro belaufen müsse. Hinzu kämen Immobilienwerte von rund 24 Milliarden Euro sowie weitere Milliarden als Kapitaleinlagen bei den fünf evangelischen Kirchenbanken in Deutschland. Der jährliche Umsatz der Diakonie belief sich seinerzeit auf rund 20 Milliarden Euro, wobei allein

<sup>4</sup> [https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen\\_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte](https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte), 26.03.2020

<sup>5</sup> <https://www.betterplace.org/de/projects/78133-soforthilfe-fuer-prostituierte-in-not>, 27.03.2020

die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Diakonie mit 450.000 Menschen die Zahl der in der deutschen Automobilindustrie bei Daimler-Chrysler, VW und BMW zusammen beschäftigten Menschen locker übertraf.<sup>6</sup>

Das Motto „Wer reich ist, darf nicht betteln gehen“ macht sich die Diakonie offenbar nicht zu Eigen. Doch die Spendenbereitschaft hinsichtlich der von der Corona-Krise gebeutelten Sexarbeiter/innen hielt sich in Grenzen. Seit dem 27. März 2020 sind ganze 1.720 € zusammengekommen. Durch die kirchliche Charity-Aktion ist zumindest eines erreicht worden: Der Staat wird entlastet, da die den Sexarbeiterinnen zustehenden ALG-II-Zahlungen durch die „Überbrückung“ nunmehr von Privaten nunmehr (vor-) finanziert wurden. Der Staat ist für diese Beträge jedenfalls aus der Verantwortung genommen.

Alles in allem scheint sich die vollmundig erklärte Unterstützung für Sexarbeiter/innen für die Diakonie auf ein überschaubares Maß zu beschränken: „*Im Diakonischen Werk Karlsruhe wird unterdessen eine Notunterkunft für mittellose Frauen mit insgesamt **fünf Betten** eingerichtet.*“<sup>7</sup> Um eine humanitäre Katastrophe dürfte es sich in dieser Größenordnung vermutlich nicht handeln.

Doch im Widerspruch dazu präsentieren Diakonie-finanzierte Fachberatungsstellen der Öffentlichkeit Sexarbeiter/innen in Gänze gerne als Opfer, die sich durchweg in „**dramatischen Situationen**“ befänden: „*Sie haben kein Einkommen mehr und – da die Bordelle geschlossen sind – oft auch **keinen Wohnsitz**. Viele sind jetzt **gezwungen, in der Illegalität weiter zu arbeiten***“, berichtet Julia Wege. *Mehr und mehr stellt sich heraus, dass viele Prostituierte nicht mehr rechtzeitig in ihr Heimatland zurückkehren konnten und jetzt **völlig mittellos** sind.*“<sup>8</sup>

Die Diakonie ist erkennbar bemüht, sich vor diesem Hintergrund als Kümmerer zu profilieren, wobei man es an Staatsnähe nicht mangeln lässt. So begrüßt man „grundsätzlich“ das Corona-bedingte Verbot der Prostitution, „da gerade Frauen in der Prostitution nicht geschützt sind und oft nicht informiert werden.“<sup>9</sup> Eine auffallend weitgefaste Begründung, mit der sich auch ein dauerhaftes, über die Corona-Krise hinausreichendes Prostitutionsverbot problemlos rechtfertigen ließe. Darüber hinaus dient man sich der Polizei als Hilfstruppe an.<sup>10</sup> Die eigene Rolle sieht man dabei offenbar in der Beförderung einer Privatisierung<sup>11</sup> der Hilfen für Prostituierte, was einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung gegenüber Sexarbeit den Weg ebnet. Flankiert wird diese Politik durch eine im Widerspruch zur geltenden Rechtslage stehenden Behauptung, wonach Sexarbeiter/innen nur unter ganz speziellen Bedingungen berechtigt seien, staatliche Unterstützung zu erhalten.

## Eingeschränkte christliche Nächstenliebe

Die christliche Bereitschaft zur Hilfe gegenüber Sexarbeiter/innen beschränkt sich offenbar auf diejenigen Frauen, die sich nach dem Prostituiertenschutzgesetz registrieren lassen:

---

<sup>6</sup> Alle Angaben zu den Finanzen der Diakonie siehe: Carsten Frerk, Caritas und Diakonie in Deutschland, Aschaffenburg 2005, S. 321 ff

<sup>7</sup> <https://bnn.de/lokales/karlsruhe/karlsruhe-hat-wegen-corona-als-einzige-deutsche-stadt-sexkauf-verboten>, 31.03.2020

<sup>8</sup> ebenda

<sup>9</sup> [https://www.rnz.de/coronavirus\\_artikel,-corona-krise-in-mannheim-viele-prostituierte-sind-in-verzweifelter-lage-arid,512788.html](https://www.rnz.de/coronavirus_artikel,-corona-krise-in-mannheim-viele-prostituierte-sind-in-verzweifelter-lage-arid,512788.html), 05.05.2020;

<sup>10</sup> Ebenda: „Die Beratungsstelle des Diakonischen Werks arbeitet in dieser Krisensituation eng mit der Mannheimer Polizei zusammen.“

<sup>11</sup> Ebenda: „Die Unterstützung der Frauen in Not wird zum großen Teil durch private Spenden finanziert.“

„Laut der Beratungsstelle steht **angemeldeten** Prostituierten zwar **Hartz IV** zu, aber viele wissen nicht, wie man es beantragt.“<sup>12</sup>

Eine diskriminierende, speziell für Sexarbeiter/innen geltende Voraussetzung für den Bezug von ALG-II in Gestalt einer Anmeldung nach dem Prostituiertenschutzgesetz besteht aber nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht, so sehr sie dem Staat allemal zuzutrauen wäre. Vielmehr gilt:

„Grundsätzlich haben alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger – sofern sie die allgemeinen Voraussetzungen wie Hilfebedürftigkeit, gewöhnlicher Aufenthalt, Erwerbsfähigkeit usw. erfüllen – einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.“<sup>13</sup>

Insofern handelt es sich bei der Äußerung der Mannheimer Diakonie-Beratungsstelle Amalie um eine falsche Angabe, die – falls öffentlich geäußert – einer Desinformation gleichkommt. Für eine so genannte Fachberatungsstelle doch eine ziemlich erstaunliche Angelegenheit. Aber sie folgt durchaus einer Logik: Sie gibt auf diese Weise den Druck, den staatliche Behörden mit dem Zwang zur Registrierung aufbauen, an jene Sexarbeiter/innen weiter, die finanzieller Unterstützung bedürfen. Auch eine Form, die Not von Sexarbeiter/innen auszunutzen.

Andere Diakonie-Beratungsstellen scheinen es in dieser Hinsicht ganz ähnlich zu handhaben. So erklärte Anna Waxweiler von der Diakonie-Fachberatungsstelle „Sperrgebiet St. Pauli“ in Hamburg: „Viele der Prostituierten seien **nicht als Gewerbetreibende registriert** und auch nirgends angestellt. Manche treibe die Drogensucht zum Anschaffen auf die Straße. Einige hätten keinen Aufenthaltstitel. "Es ist sehr **schwer** für diese Frauen, in dieser besonderen Krisenzeit **finanzielle Unterstützung geltend zu machen**", erklärt Waxweiler.“<sup>14</sup>

Eine Registrierung als Prostituierte – und schon gar nicht als „Gewerbetreibende“, was bei Sexarbeiter/innen rechtlich gar nicht möglich ist – ist keine Voraussetzung für einen ALG-II-Bezug. Nichtsdestotrotz behauptet auch Anne Wieckhorst von der Diakonie-Fachberatungsstelle „Sperrgebiet St. Georg“ in Hamburg hinsichtlich Sexarbeiter/innen: „Wenn sie aber **nicht angemeldet** sind, aus dem Ausland kommen und nicht einmal Papiere haben, **fallen sie alle durch das Raster**.“<sup>15</sup>

Es hat nicht lange gedauert, bis diese Desinformation es auch in den „SPIEGEL“ geschafft hat. Während „selbstbestimmte Prostituierte, die **ihre Gewerbe angemeldet haben**“ Zugang zu Staatshilfen hätten, so die SPIEGEL-Journalistin, träfe es eine andere, viel größere Gruppe wesentlich härter: „Frauen, die **nicht angemeldet** sind. Sie werden nun im Verborgenen weiterarbeiten.“<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/nothilfefonds-prostituierte-100.html>, 25.03.2020

<sup>13</sup> Vgl. Harald Thome, Leitfaden ALG II / Sozialhilfe, Ausgabe 2019/2020, S. 95

<sup>14</sup> <https://www.sueddeutsche.de/leben/prostitution-hamburg-kein-geschaeft-mit-dem-sex-prostituierte-in-der-krise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200411-99-667259>, 11.04.2020

<sup>15</sup> <https://www.evangelische-zeitung.de/hilfe-fuer-prostituierte/>, 16.04.2020

<sup>16</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-und-prostitutionsverbot-auf-kosten-der-frauen-a-fb767fef-b9db-4408-8c3d-cd676ab61ded>, 11.04.2020. Desinformation ist kein christliches Privileg: „Die Beratungsstelle in Trier (A.R.A., d.V.) fordert außerdem, dass die **staatlich gemeldeten Prostituierten** auch von den Corona-Hilfen des Bundes für Solo-Selbstständige profitieren sollen.“ vgl.: <https://www.swrfernsehen.de/marktcheck/sexarbeit-prostitution-in-der-coronakrise-100.html>

## Das Konstrukt der „Armutprostituierung“ – Stigmatisierung von Sexarbeiter/innen als Tagesgeschäft der Diakonie

Jenseits dieses eingeschränkten und ausgrenzenden Blickwinkels muss man feststellen, dass die evangelische Kirche samt ihren Diakonie-Beratungsstellen die Corona-Krise und deren Auswirkungen auf Sexarbeiter/innen für eigenen Zwecke instrumentalisieren. Man nutzt die Corona bedingte finanzielle Not von Sexarbeiter/innen, um sie allesamt unter Verzicht auf sachlich angebrachte Differenzierung als „Armutprostituierte“ zu porträtieren, die mit einem Bein in der Obdachlosigkeit stehen.

Sexarbeiter/innen werden ausschließlich als problembehaftete, extrem defizitäre Personen ohne jegliche soziale Perspektive dargestellt. Das erfolgt in der Weise, dass man

- (1) sämtliche Sexarbeiter/innen permanent mit den aus den ärmeren Ländern Südosteuropas kommenden Sexarbeiter/innen gleichsetzt, obwohl Sexarbeiter/innen aus Rumänien und Bulgarien nicht einmal die Hälfte der hierzulande tätigen Frauen ausmachen. Sie stellen laut Bundesamt für Statistik lediglich 45 % der registrierten Sexarbeiter/innen<sup>17</sup>;
- (2) das Prostitutionsgewerbe überwiegend anhand von Personen beurteilt, die in der Straßenprostitution tätig sind, wobei wohlweislich und regelmäßig unerwähnt bleibt, dass der Straßenstrich vom Umfang her die kleinste und von den Arbeitsbedingungen her die problematischste und am wenigsten repräsentative Sparte des gesamten Prostitutionsgewerbes ist;
- (3) aus dem Spektrum der auf der Straße der Prostitution nachgehenden Personen vor allem auf die Untergruppe drogenabhängiger Beschaffungsprostituierten fokussiert und sie damit mehr oder weniger unausgesprochen als repräsentativ für das „Elend“ aller Sexarbeiter/innen präsentiert, wobei man verschweigt, dass die ausschließlich dort vorfindlichen „Beschaffungsprostituierten“ gar keine professionellen Prostituierten sind und sich selbst auch gar nicht als solche verstehen.

Nur durch den systematischen und bewussten Verzicht auf all diese unerlässlichen Differenzierungen lässt sich das Konstrukt der „Armutprostituierung“ – also die Uralt-Botschaft „Wer in die Prostitution geht, gerät auf die ‚schiefe Bahn‘ und landet unweigerlich in der Gosse“ – aufrechterhalten.

Die gegenwärtigen Problemlagen von Sexarbeiter/innen werden öffentlich aus Kalkül und christlicher Interessenslage heraus als jüngster Beleg von „Armut“ und „Elend“ in der Prostitution gewertet. Obwohl jede/r weiß, dass diese Problemlagen gar nicht durch die Prostitution, sondern durch das Corona bedingte Verbot der Prostitution ausgelöst wurden.

Die Einlassungen aus dem Spektrum der Diakonie aus Anlass der Corona-Krise spulen quasi automatisch dieses immer gleiche und in seiner Einfachheit ermüdende Schema ab.

So erklärt Christine Spaninger, Fachreferentin für Frauen im Diakonischen Werk Baden, Sexarbeiter/innen befänden sich in einer Situation „**existenzieller Bedrohung**“. Sie „drohten jetzt **gänzlich durch alle Raster zu fallen**“ und ständen „**buchstäblich vor dem Nichts**“.<sup>18</sup> „Viele“ der Sexarbeiter/innen, so die Beratungsstelle Amalie, verfügen in der Corona-Krise „**aktuell über keine finanziellen Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts und sind von Obdachlosigkeit bedroht**“.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> vgl. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/11/PD19\\_451\\_228.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/11/PD19_451_228.html), 26.11.2019

<sup>18</sup> [https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen\\_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte](https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte), 26.03.2020

<sup>19</sup> <https://www.amalie-mannheim.de/>



„Besonders schwierig sei es für Menschen in der sogenannten **Armutprostitution**, sagte Anna Waxweiler von der Fachberatungsstelle Prostitution in Hamburg. Viele hätten keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt, seien in den Prostitutionsstätten untergekommen und **stünden nun auf der Straße**.<sup>20</sup> „Die Pandemie verschärft ihre ohnehin schwierige Situation. Für viele Frauen gebe es keine Alternative zur Prostitution, berichtet Wieckhorst. **Sie könnten kein Deutsch, nicht lesen und schreiben – in welche anderen Jobs sollten sie wechseln?** „Die Frauen, die gerade in prekären Situationen sind, **rutschen in noch prekärere Situationen**“, sagt Wieckhorst.<sup>21</sup> „Viele der Prostituierten sind **mit der Krise obdachlos geworden**“, sagt Waxweiler. „Auch vor der Krise waren viele der Prostituierten **wohnungslos**, hatten aber ein Obdach in ihren Arbeitsstätten. Durch die Schließung der Prostitutionsstätten haben viele ihre Übernachtungsmöglichkeit verloren“, erklärt Waxweiler. Aus der Not heraus würden manche Frauen trotz des Verbotes weiterarbeiten – an verborgenen Orten, mit ihren Stammkunden.... „Ich wünsche mir, dass die **Armutprostituerten** in dieser Krise auf besondere Weise mitgesehen und beachtet werden“, sagt Waxweiler. Dazu brauche es Aufmerksamkeit und Sensibilität.<sup>22</sup> „Wir versuchen, auf ihre Lebensrealität, die geprägt ist von **Armut, Obdachlosigkeit und Zwangsverhältnissen**, durch unsere Arbeit aufmerksam zu machen“, heißt es in der Präambel des Berliner Diakonie-Vereins Neustart e.V. Hinsichtlich der Situation in der Corona-Krise heißt es: „Die Einnahmen durch die Prostitution sind minimal oder ganz weggefallen. Geblieben sind die **finanzielle Not, die Drogensucht, die Obdachlosigkeit**, die gesundheitliche Probleme. Der **Überlebenskampf** der Frauen hat sich verschärft.“<sup>23</sup>

Obwohl die Verbreitung des Konstrukts „Armutprostitution“ ein Herzensanliegen von christlichen Kirchen im Allgemeinen und Diakonie im Besonderen ist, ist es doch nichtsdestotrotz lediglich ideologisches Mittel zum politischen Zweck. Denn mit diesem Konstrukt verbinden sich Ausstiegs-Phantasien, der scheinbar unerschütterliche christliche Glaube daran, Sexarbeiter/innen mögen doch endlich dem Prostitutionsgewerbe den Rücken kehren.

So erklärte Julia Wege, Leiterin der Mannheimer Diakonie-Beratungsstelle Amalie, hoffnungsfroh und weiltfremd zugleich: „Einige Frauen haben auch berichtet, **dass sie froh darüber sind, dass sie endlich mal eine Pause machen können und alle Etablissements geschlossen sind**, obwohl sie wissen, dass es sie in existenzielle Not bringt. Wir gehen davon aus, dass die Corona-Krise jedoch auch Veränderungen im Rotlichtmilieu mit sich bringen wird und Frauen für sich neu ausloten, ob sie die Tätigkeit, welche für viele belastend erlebt wird, weiterhin ausführen möchten. Wir denken, dass gerade in solchen Zeiten derartige **Beratungsstellen wichtig** sind und präsent sein sollten.“<sup>24</sup>

## **Eigentliches Interesse der Diakonie: Mehr Geld für eigene Fachberatungsstellen**

Hier zeigt sich: Was die Diakonie wirklich antreibt, ist nicht der brennende Wunsch, Sexarbeiter/innen in Not (finanziell) aus christlicher Nächstenliebe zu unterstützen, sondern die eigene Hoffnung auf einen Ausstieg der Frauen aus der Prostitution. Und genau zu diesem Zweck seien die Fachberatungsstellen der Diakonie unerlässlich.

<sup>20</sup> <https://www.rnd.de/wirtschaft/auswirkungen-der-corona-krise-menschen-in-sexarbeit-furchten-um-existenz-C4ZFBQY63LVCUWRIIABX5XJFN4.html>, 28.03.2020

<sup>21</sup> <https://www.evangelische-zeitung.de/hilfe-fuer-prostituierte/>, 16.04.2020

<sup>22</sup> <https://www.sueddeutsche.de/leben/prostitution-hamburg-kein-geschaeft-mit-dem-sex-prostituierte-in-der-krise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200411-99-667259>, 11.04.2020

<sup>23</sup> <https://www.neustart-ev.de/2020/03/notfonds-fuer-frauen-in-der-prostitution-gestartet/>

<sup>24</sup> [https://www.wochenblatt-reporter.de/mannheim/c-lokales/aufgrund-der-not-gezwungen-in-illegalitaet-weiter-zu-arbeiten\\_a189814](https://www.wochenblatt-reporter.de/mannheim/c-lokales/aufgrund-der-not-gezwungen-in-illegalitaet-weiter-zu-arbeiten_a189814), 14.04.2020

Und da schließt sich der Zirkel und wir wären wieder beim Geld. Dieses braucht vor allem die Diakonie selber:

*„**Registrierung** und amtliche Gesundheitsberatung nach dem Prostituiertenschutzgesetz reichen nicht aus. Die aktuelle Krise mache deutlich, wie wichtig Sozialarbeit und die **flächendeckende Finanzierung von Fachberatungsstellen** seien.“<sup>25</sup>*

Zwangsregistrierung und die Zwangsberatung durch Gesundheitsämter „reichen nicht aus“! Hinzukommen müsse die Präsenz und staatliche Finanzierung von Fachberatungsstellen, um die mit dem Prostituiertenschutzgesetz ins Werk gesetzte Entrechtung und Überwachung von Sexarbeiter/innen effektiv zu machen. Diese widerliche Anbiederung der Diakonie an den Staat als Unterstützung und Hilfe von Sexarbeiter/innen zu verkaufen, ist wirklich dreist.

### **Fazit zur Rolle der Diakonie**

- (1)** Die Diakonie leistet keine substanzielle finanzielle Unterstützung bei Corona-bedingten Problemlagen von Sexarbeiter/innen.
- (2)** Ein auf privaten Spenden basierender „Nothilfefonds“ entlastet den Staat in seiner Verantwortung gegenüber den Sexarbeiter/innen und birgt daher perspektivisch die Gefahr einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung gegenüber den Betroffenen.
- (3)** Instrumentalisierung der Corona-Krise durch Fokussierung der öffentlichen Darstellung auf Sexarbeiter/innen als ausschließlich problembehaftete, defizitäre Personen, die aufgrund der ihnen drohenden Obdachlosigkeit perspektivisch zu einer Last für die öffentlichen Haushalte werden können.
- (4)** Instrumentalisierung der Corona-Krise aus Gründen notorischer Prostitutionsgegnerschaft: Sexarbeit in der Prostitution wird unter Verzicht auf eine differenzierte Betrachtung als „Armutsprostitution“ stigmatisiert und in Misskredit gebracht, um darüber die Ausstiegs-Problematik als angeblich relevantes und vorrangiges Anliegen von Sexarbeiter/innen behaupten zu können.
- (5)** Instrumentalisierung der Corona-Krise zum Zwecke einer ausgeweiteten staatlichen Finanzierung von Fachberatungsstellen der Diakonie, die man dem Staat andient als notwendige Ergänzung zur unkritisch akzeptierten staatlichen Repression von Prostitution auf Grundlage des Prostituiertenschutzgesetzes.

---

<sup>25</sup> [https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen\\_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte](https://www.diakonie-baden.de/aktuelles/meldungen/pressemitteilungen_detail/artikel/nothilfe-fuer-prostituierte)